Stand: 24.06.2025 11:11:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16096

"Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus VIII - Keine Bildungsarbeit in den Schulen durch BIGE und das Landesamt für Verfassungsschutz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16096 vom 22.03.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18677 des KI vom 19.10.2017
3. Beschluss des Plenums 17/19047 vom 14.11.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 14.11.2017

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.03.2017 **Drucksache 17/16096**

Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Kathi Petersen SPD**,

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus VIII – Keine Bildungsarbeit in den Schulen durch BIGE und das Landesamt für Verfassungsschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Weiterentwicklung des „Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus“ sicherzustellen, dass im pädagogischen Bereich der Einsatz und die Aufgaben des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) bzw. der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) beendet werden und zudem, dass das BayLfV und die BIGE nicht in Konkurrenz zu Angeboten zivilgesellschaftlicher Initiativen oder anderer professioneller und zertifizierter Beratungsstellen (beispielsweise von Kommunen) treten. Stattdessen sollen von zivilgesellschaftlichen Trägern gemeinsam mit Trägern der politischen Bildung unter Hinzuziehung wissenschaftlicher und pädagogischer Expertisen Angebote zur Bekämpfung rechtsradikaler und menschenfeindlicher Ideologien entwickelt werden. Diese Angebote sollen in die Bildungspläne der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aufgenommen werden. Präventive Ansätze sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Begründung:

Staat und Zivilgesellschaft müssen sich in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Bestrebungen unterstützen und ergänzen. Zu diesem angestrebten Nebeneinander auf Augenhöhe gehört aber auch, Bereiche, in denen keine Kompetenzen vorliegen, dem anderen Partner zu überlassen. Das ist auf Seite der Zivilgesellschaft der Bereich Repression, der ganz dem staatlichen Gewaltmonopol vorbehalten bleiben muss, auf staatlicher Seite dagegen die Aufgabe der Demokratieerziehung und Pädagogik.

Prof. Dr. Dierk Borstel von der Fachhochschule Dortmund nannte in der Anhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport am 19. Oktober 2016 dafür auch praktische Gründe. Jugendliche könnten sich bei Veranstaltungen mit Vertretern der Sicherheitsbehörden – etwa aus Sorge um eine mögliche Strafbarkeit von Äußerungen oder um keine Beobachtung zu initiieren – zurückhalten und bestehende Vorurteile könnten so nicht erkannt werden. In seinem Gutachten und in der Expertenanhörung wies er auf den möglichen Interessenkonflikt zwischen Beobachtung und Aufklärung hin. Auch in der Betreuung von inhaftierten Rechtsextremisten sieht er Vorteile bei zivilgesellschaftlichen Akteuren, da es diesen leichter falle, Vertrauen zu Häftlingen aufzubauen.

Auch die Sachverständige Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) äußert sich in der Anhörung am 19. Oktober 2016 eindeutig. Bildungsarbeit, die die Schwelle der Öffentlichkeitsarbeit überschreitet, sei nicht mehr vom Auftrag des Inlandsgeheimdienstes gedeckt. Den Einwand aus dem Staatsministerium, die BIGE betreibe lediglich Lehrerfortbildung und werde in Schulen nur auf explizite Anfrage tätig, ließen die Mehrheit der Sachverständigen nicht gelten. Sie machten dafür vor allem Bedenken in der pädagogisch didaktischen Ausbildung geltend, die sie bei den Sicherheitsbehörden nicht ausprägt sahen. Für die Sachverständige Dr. Britta Schellenberg von der Ludwigs-Maximilians-Universität sei das Personal nicht geschult, „Kindern und Jugendlichen demokratische Bildungsideen näher zu bringen“. Auch Prof. Dr. Borstel zweifelte am Vorhandensein der nötigen pädagogischen Kompetenzen. Er appellierte im Gegenteil dafür, diesen Teil des „Demokratieschutzes“ komplett der Zivilgesellschaft zu überlassen und von ihr organisieren zu lassen. Auch wurden im Rahmen der Anhörung Zweifel laut, ob der Verfassungsschutz mit seiner handlungsleitenden Extremismuskonzeption in der Lage sei, die radikalisierte Mitte der Gesellschaft, aus der ein Teil der Täterschaft von Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte stammt, zu erreichen. Dabei handelt es sich laut Prof. Dr. Borstel gerade um den Teil des Problems, den es zu erreichen gelte, „bevor das Kind in den Brunnen gefallen sei“.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Nicht zuletzt behindert ein Engagement der Sicherheitsbehörden auch die nötige Professionalisierung der zivilgesellschaftlichen Tätigkeiten in der Abwehr menschenfeindlichen Gedankenguts. Staatliche Stellen können aufgrund des Kostenvorteils unbeabsichtigt zur Verdrängung dringend benötigter zivilgesellschaftlicher Aufklärungsarbeit führen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 19.10.2017 **Drucksache 17/18677**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD,
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**16096**

Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus VIII - Keine Bildungsarbeit in den Schulen durch BIGE und das Landesamt für Verfassungsschutz

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der Ausschuss für Bildung und Kultus haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.11.2017 **Drucksache** 17/**19047**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert, Franz Schindler, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Kathi Petersen SPD**,

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**16096**, 17/**18677**

Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus VIII –
Keine Bildungsarbeit in den Schulen durch BIGE und das Landesamt für Verfassungsschutz

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote
Abg. Katharina Schulze
Abg. Florian Ritter
Abg. Dr. Hans Reichhart
Abg. Eva Gottstein
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Dr. Christoph Rabenstein
Staatssekretär Gerhard Eck
Abg. Gabi Schmidt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 12 bis 22** auf:

Antrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus I -
Evaluation der bisherigen Maßnahmen (Drs. 17/16089)

und

Antrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus II -
Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Kommunen (Drs. 17/16090)

und

Antrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus III -
Handlungsbedarf wissenschaftlich untersuchen (Drs. 17/16091)

und

Antrag der Abgeordneten

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus IV -
Zentrale "Koordinierungsstelle Demokratie" einrichten (Drs. 17/16092)

und

Antrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus V -
Zivilgesellschaft mit Landesprogramm unterstützen (Drs. 17/16093)

und

Antrag der Abgeordneten
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus VI -
Beratungsstelle für Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt einrichten (Drs. 17/16094)

und

Antrag der Abgeordneten
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD),

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus VII -
Zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatung (Drs. 17/16095)

und

Antrag der Abgeordneten
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus VIII -
Keine Bildungsarbeit in den Schulen durch BIGE und das Landesamt für Verfassungsschutz (Drs. 17/16096)

und

Antrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus IX -
Kommunen in ihrem Einsatz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stärken (Drs. 17/16097)

und

Antrag der Abgeordneten
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)

Weiterentwicklung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus X -

Regelmäßige wissenschaftliche Begleitung und Evaluation (Drs. 17/16098)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u. a. (CSU)

Fortschreibung des bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus (Drs. 17/17449)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 48 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Die erste Rednerin ist die Kollegin Schulze. Bitte schön, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist lebenswert und attraktiv, vor allem auch wegen seiner Vielfalt, der Toleranz und der Weltoffenheit seiner Bürgerinnen und Bürger.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Menschen mit den verschiedensten Lebensentwürfen, mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen haben hier ihre Heimat gefunden. Sie bereichern das Land und tragen damit zu dem weltoffenen und pluralen Leben bei, das unser Bayern ausmacht. Diese Grundlagen unseres Zusammenlebens werden aber von Rechtsextremisten, Rassisten, Antisemiten, Menschen- und Demokratiefeinden infrage gestellt. Wir wissen also: Repressive Maßnahmen, Bildung, Prävention und ein gemeinsames konsequentes Vorgehen aller Ebenen von Ministerien bis zur Zivilgesellschaft sind unerlässlich;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn wir kennen sicher alle die erschreckenden Zahlen.

Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten nehmen seit Jahren zu: 2016 wurden 139 Menschen in Bayern Opfer von rechter Gewalt, neun Menschen sind durch einen Rassisten bei dem OEZ-Attentat im letzten Jahr ums Leben gekommen. Die Hasskriminalität online wie offline nimmt massiv zu.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im ersten Halbjahr 2017 gab es nach Angaben des Bundesinnenministeriums erneut einen Anstieg der antisemitischen Delikte; 93 % davon wurden von Rechtsextremen begangen. Ein sogenannter "Reichsbürger" hat einen Polizisten in Bayern ermordet, und erst dann begann die CSU-Regierung, genauer hinzusehen. Mittlerweile haben wir 3.250 sogenannte "Reichsbürger" in Bayern, die antisemitisch und rechtsextrem sind und unseren Staat ablehnen.

Wir müssen also feststellen: Wir haben ein Sicherheitsproblem in Bayern.

(Zuruf von der CSU: Ach geh!)

Auch die rechten Einstellungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft werden nicht weniger, wie erst vor Kurzem die LMU-Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wieder gezeigt hat. Fremdenfeindliche Positionen sind salonfähig geworden, und als deren Vollstrecker fühlen sich dann die Rechtsextremen. Neue Rechte sind auf dem Vormarsch, eine völkisch-nationalistische Partei sitzt jetzt sogar im Bundestag. Wir stellen also fest: Das Problem heißt Rassismus.

Seit Jahrzehnten warnen wir GRÜNE zusammen mit gesellschaftlichen Gruppierungen, den Kirchen und der Zivilgesellschaft vor dem Anstieg der rechten Gewalt und rechten Einstellungen. Wir fordern ein konsequentes und nachhaltiges Eintreten gegen Neonazis, aber auch gegen eine antidemokratische Kultur, Rassismus und jede Form von Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist und damit auch eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Der CSU-Ministerrat hat vor acht Jahren das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus beschlossen, und trotzdem nehmen rechtsextreme Taten, Hass und Hetze zu. Man muss also nüchtern feststellen: Ihr Handlungskonzept, das hauptsächlich auf sicherheitspolitischen Maßnahmen fußt, hat versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich schon, wie die CSU dieser Entwicklung tatenlos zusehen konnte. Wir GRÜNE können das nicht. Es schmerzt uns zutiefst, wenn Menschen in unserem Land nicht sicher sind, wenn Geflüchtetenheime angegriffen werden und brennen, wenn Menschen rassistisch beleidigt werden, nur weil sie vermeintlich nicht deutsch aussehen – in Klammern: Wie definieren wir das denn genau? –, wenn selbst ernannte Bürgerwehren durch die Straßen ziehen und wenn Menschen unsere Demokratie und den Rechtsstaat ablehnen.

Ich bin seit 2013 Sprecherin meiner Fraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus. "Kein Fußbreit den Faschisten" ist meine persönliche Überzeugung, und "Wehret den Anfängen" ist mein politischer Kompass. Ich bin Antifaschistin in dem Sinne, wie das jede Demokratin und jeder Demokrat sein muss; denn der Ausspruch "Nie wieder" sollte nicht nur an Gedenktagen in den Mund genommen werden, sondern muss Handlungsauftrag für alle Tage im Jahr sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Ganz besonders ist das ein Auftrag an die politischen Akteure in unserem Land. Wir brauchen wieder den parteipolitischen Konsens und eine Regierung in Bayern, die eine Brandmauer gegen Rechts errichtet. Dazu gehört, liebe CSU-Fraktion, dass man

nicht selbst am rechten Rand fischt, sondern klare Kante für Demokratie, Vielfalt und Solidarität zeigt;

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

denn im Zweifel wählen die Menschen immer das Original. Wer rechtsextremistische Einstellungen und Tendenzen hat, wählt nicht eine Partei, die auch ein bisschen rechts ist, sondern der oder die wählt das Original. Dass Ihr Kurs des "Nach-rechts-Rückens" nicht funktioniert hat, das zeigen Ihr desaströses Bundestagswahlergebnis und das Abschneiden einer völkisch-nationalistischen Partei deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Was lernt man also daraus? – Demokratie zu stärken, das ist die erste Losung. Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer zu werden, ist die zweite. Wir GRÜNE sind das bereits, und ich lade Sie herzlich ein, es uns gleichzutun.

Außerdem ist es wichtig, dass man die eigenen Maßnahmen kritisch hinterfragt und darauf achtet, was man daran noch verbessern kann. 2014 haben wir hier im Bayerischen Landtag das allererste Mal die Überarbeitung des Handlungskonzeptes gefordert, aber Sie haben das damals abgelehnt. Wir haben dann eine Expertenanhörung durchgesetzt – die Sie erst nicht wollten –, bei der Expertinnen und Experten uns ebenfalls versichert haben, dass das bayerische Handlungskonzept der CSU-Staatsregierung nicht ausreichend ist.

Anlässlich unseres Antragspakets haben Sie heute die Gelegenheit, Ihre alten Fehler auszumerzen; denn der Antrag, den Sie vorgelegt haben, ist nur ein kleiner Schritt. In den heutigen Zeiten brauchen wir aber große Schritte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Deswegen brauchen wir erst einmal eine unabhängige Stelle, die die vorhandenen Maßnahmen evaluiert. Das fordern nicht nur wir GRÜNE und die SPD, sondern auch die Oberbürgermeister der größten bayerischen Städte – darunter auch CSU-geführte. Danach muss die Weiterentwicklung des Handlungskonzepts erfolgen, und zwar unter Einbeziehung aller – und ich betone: aller – relevanten Akteursgruppen.Dazu gehören auch die Kommunen und die Zivilgesellschaft, die nämlich eine großartige Arbeit beim Kampf gegen Rechts vollbringen. Es braucht empirische Studien, die die Handlungsbedarfe untersuchen, und eine zentrale "Koordinierungsstelle Demokratie".

Wissen Sie, was wir in Bayern auch endlich brauchen? – Wir brauchen in Bayern endlich ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat der Freistaat kein eigenes, mit Landesmitteln hinterlegtes Landesprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Kolleginnen und Kollegen, das ist unverantwortlich, unverständlich und grob fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während sich Hass und Hetze immer mehr ausbreiten, zieht sich die CSU-Regierung aus ihrer Verantwortung. Frau Dr. Miriam Heigl, Leiterin der "Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit" der Landeshauptstadt München, hatte in der Expertenanhörung im Bayerischen Landtag einen treffenden Vorschlag. Ich zitiere sie:

> Hierfür könnte der Freistaat – ähnlich wie andere Bundesländer – eine Förderstruktur schaffen, die das Bundesprogramm "Demokratie leben!" ergänzt und so bestimmte Aufgaben an professionelle, zivilgesellschaftliche Träger übertragen und darüber hinaus Mittel für zivilgesellschaftliche Projektarbeit bereitstellen.

Es ist traurig, dass wir im Jahre 2017 in Bayern solch ein Programm noch nicht haben. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen, damit das endlich Realität wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem brauchen wir eine Beratungsstelle für Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie eine zivilgesellschaftliche Aussteigerberatung. Wir müssen dem Verfassungsschutz die Bildungsarbeit an den Schulen entziehen und die Kommunen in ihrem Einsatz für Vielfalt und Demokratie stärken. All das sind Forderungen, die wir in dem gemeinsamen Antragspaket von SPD und GRÜNEN hier und heute vorgelegt haben. Ich bitte Sie, unserem Antragspaket zuzustimmen, weil es mich wahnsinnig wütend macht, dass ich, seit ich in diesem Landtag bin, an diesem Thema arbeiten muss, während Sie sich mit kleinsten Trippelschritten voranbewegen. Helfen Sie heute mit, Demokratie und Vielfalt in Bayern zu stärken! Zeigen wir gemeinsam vom Bayerischen Landtag aus den Nazis und den Rassisten die Rote Karte!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Schulze. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Ritter. Bitte schön, Herr Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus wurde nach einem Anschlag auf den damaligen Polizeidirektor der Stadt Passau im Jahr 2009 ins Leben gerufen. Seit diesem Anschlag und der Erarbeitung dieses Konzeptes ist viel passiert. Wir hatten die Selbstenttarnung des NSU mit der Erkenntnis bei der Bayerischen Staatsregierung: So etwas wie Rechtsextremismus oder Rechtsterrorismus gibt es doch. Das hat man nämlich bis dahin immer bestritten. Wir haben eine Erstarkung rechtsradikaler Ideologien und Parteien in ganz Europa. In Deutschland gibt es Bewegungen wie Pegida, in denen rassistische und demokratiefeindliche Einstellungen weite Verbreitung finden.Wir haben die "Reichsbürger", die sich in den letzten Jahren weiterentwickelt haben und immer stärker geworden sind. Bayern ist eine Hochburg der "Reichsbürger"-Bewegung, die lange von der Bayerischen Staatsregierung unterschätzt worden ist, weil sie einfach nicht ins Glaubenssystem gepasst hat.

Einstehen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für menschenwürdige Toleranz, für unseren demokratischen Wertekanon – das ist schon lange nicht mehr die alleinige Bekämpfung kleiner radikaler isolierter Gruppen, die gegen den Staat vorgehen. Werbung für Demokratie, Einsatz für unsere Werte, Argumentieren gegen die populistische Instrumentalisierung von Ängsten müssen viel mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt werden. Meine Damen und Herren, wie gewinnen wir diejenigen zurück, die sich von der Demokratie und ihren Werten abwenden? – Das ist die Frage, die sich die gesamte Gesellschaft stellen muss – und das nicht erst seit gestern.

Der Ansatz des bestehenden Handlungsprogramms lautet: Mit Ordnungspolitik gegen kleine Gruppen organisierter Gegner der Demokratie. Das ist zwar nicht falsch, reicht aber bei Weitem nicht aus. Das war auch schon im Jahr 2009 zu wenig. Von unserer Seite sind viele Initiativen eingebracht worden, um dieses Handlungskonzept weiterzuentwickeln. Frau Kollegin Schulze hat darauf hingewiesen. Wir haben Initiativen für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung dieses Handlungskonzepts eingebracht. Diese wurden abgelehnt. Wir haben Initiativen zur Weiterentwicklung dieses Handlungskonzepts eingebracht. Sie wurden von der CSU auch mit den Worten abgelehnt: Das braucht's nicht. Was wir haben, langt so.

Wir haben eine Initiative zur Durchführung einer gemeinsamen Anhörung aller Fraktionen eingebracht. Sie wurde abgelehnt. Auf der Grundlage des Minderheitenrechts haben wir am Ende eine Anhörung durchgesetzt, die hier im Bayerischen Landtag durchgeführt wurde. Alles, was wir bemängelt haben – man glaubt es kaum –, wurde von allen geladenen Fachleuten bestätigt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die zivilgesellschaftliche und die wissenschaftliche Begleitung des Handlungskonzepts gestärkt werden müssen. Das wurde ebenfalls von den Fachleuten eingefordert, und zwar völlig unabhängig davon, wer diese Fachleute benannt hat. Dazu zählten sowohl Fachleute, die von der Opposition benannt worden sind, als auch Fachleute, die von der Mehrheitsfraktion im Hause benannt worden sind.

Kolleginnen und Kollegen, es muss sich dringend etwas ändern an diesem Handlungskonzept. Unser Antragspaket, das wir gemeinsam mit den GRÜNEN erarbeitet haben, enthält die Konsequenzen, die sich aus dieser Anhörung ergeben. Das sind die Punkte, die dort benannt worden sind und die wir aufgegriffen haben. Nach mehreren Debatten in den Ausschüssen bringen wir diese Forderungen ins Plenum des Bayerischen Landtags ein.

Die Herausforderungen der momentanen politischen Situation in unserem Land müssen wir aufgreifen. Sicherheitspolitische Maßnahmen sind notwendig. Wir müssen aber auch auf Entwicklungen reagieren, die für unser Land und die Demokratie gefährlich sind, selbst wenn sie nicht Objekt und Aufgabe von Sicherheitsbehörden wie Polizei und Verfassungsschutz sind. Wir müssen und wir wollen vor allem die Zivilgesellschaft im Handlungskonzept stärken; denn das Führen der politischen Debatte über demokratiefeindliche Einstellungen und Ideologien ist nicht Aufgabe von Polizei und Verfassungsschutz. Diese Diskussion zu führen, ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, der politischen Parteien und auch unsere Aufgabe als Bayerischer Landtag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen die wissenschaftliche Begleitung. Auch das ist eine Konsequenz aus den vielen Fehleinschätzungen, die in den letzten Jahren von der Bayerischen Staatsregierung gemacht wurden. Einige habe ich bereits zu Beginn meiner Rede genannt, so zum Beispiel die Behauptung, es gäbe innerhalb der Nazi-Szene keine Ansätze für rechtsterroristische Entwicklungen. Dabei wissen wir, dass Gewalt ein immanenter Bestandteil der rechtsradikalen Ideologie ist. Da musste sich erst einmal der NSU selbst enttarnen, bis diese Erkenntnis endlich auch bei der Bayerischen Staatsregierung angekommen ist.

Die "Reichsbürger" wurden lange verharmlost, obwohl es für zivilgesellschaftliche Beobachter der Szene erkennbar war, was sich da zusammenbraut, ohne dass man auf

nachrichtendienstliche Mittel zurückgreifen musste. Die Antworten auf die Anfragen, die wir in den Jahren zwischen 2014 und 2016 gestellt haben, waren immer die gleichen. Da hieß es immer, das seien Einzelfälle und eher ein psychologisches Problem.

Letzten Endes geht es auch um das Handlungskonzept selbst. Es geht von der Annahme aus, all das wäre nur ein polizeiliches und ein Verfassungsschutzproblem. Das ist aber nicht der Fall. Wir brauchen deshalb zusätzliche Kompetenz in diesem Programm. Dafür ist die wissenschaftliche Begleitung dringend notwendig.

Es ist eine politische Aufgabe, es ist unsere Aufgabe, die Demokratie zu stärken und die demokratiefeindlichen Ideologien in die Schranken zu weisen. Das müssen wir mit Haltung tun, mit Argumenten und mit klaren politischen Erkenntnissen zu den Werten, die in unserer Verfassung verankert sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir brauchen auch die deutliche Förderung von Initiativen vor Ort. Das ist der Kern unserer Anträge. Die CSU hat das immer bestritten. Jetzt legt sie erstmals einen Antrag vor, der eine Fortschreibung enthält und anerkennt, worauf wir seit Jahr und Tag hinweisen: Das Programm reicht bei Weitem nicht. Auch wenn Ihr Antrag unkonkret ist, er allgemein gehalten ist und wenig Bereitschaft erkennen lässt, sich tiefer mit dem Thema zu beschäftigen, werden wir ihm zustimmen. Durch Ihre Verschleppungsstrategien in den letzten Jahren ist der Handlungsdruck nämlich enorm, und deshalb ist jeder Schritt, der gemacht wird, notwendig. Wir erachten es als wichtig, dieses Thema im Parlament zu behandeln. Ärgerlich ist deshalb an Ihrem Antrag, dass Sie dieses Thema offensichtlich aus dem Parlament hinausdrängen wollen. Sie delegieren das Thema an die Verwaltung, obwohl wir jetzt, nach einer intensiven inhaltlichen Beschäftigung in den Ausschüssen, die Möglichkeit gehabt hätten, das Thema hier so zu behandeln, wie es notwendig wäre. Es geht darum, aus politischen Notwendigkeiten heraus politische Entscheidungen zu treffen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu den Anträgen unseres Antragspakets.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ritter. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Reichhart. Bitte schön, Herr Reichhart.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in den letzten Tagen eine der Gedenkfeiern zur Reichspogromnacht besucht hat, der hat viel von dem mitgenommen, was, wie ich glaube, uns alle bewegt. Er hat mitgenommen, dass diese Vorfälle, die damals geschehen sind, sich nicht wiederholen dürfen. Wir müssen alles dagegen tun, dass jeder Ansatz, dass sich so etwas wiederholen könnte, schon im Keim erstickt wird.

Ich komme aus einem Landkreis, in dem es früher eine starke jüdische Gemeinde gab. Wir hatten mehrere Synagogen. Bei diesen Gedenkfeiern hat mich etwas aber sehr beunruhigt und mitgenommen. Bei den Feierlichkeiten waren viele ältere Leute, Menschen, die schon im gesetzten Alter waren. Gefehlt hat aber die Jugend, gefehlt haben Leute unter 50 Jahren, und es wäre wichtig gewesen, dass auch sie gesagt hätten: Ja, wir gedenken, wir nehmen das auf. – Ich bin deshalb froh, dass wir heute über dieses Thema reden. Ich bin froh, dass wir darüber sprechen, dass wir etwas gegen den Rechtsextremismus tun müssen, dass wir dagegen engagiert vorgehen müssen. Es ist ein Thema, das uns alle beschäftigen muss, das auf der politischen Agenda stehen muss. Ich glaube, diese Einsicht teilen wir alle.

Als Demokraten teilen wir auch alle das Ziel, dass Rassismus, Unterdrückung, Unrechtsstaatlichkeit, Verfolgung, Mord und Benachteiligung in unserem Land nie wieder Tür und Tor geöffnet werden dürfen. Allerdings, und das stelle ich mit Bedauern fest, unterscheiden uns die Maßnahmen, die Mittel und die Wege, wie wir dieses Ziel erreichen wollen. Bei uns, bei der CSU, steht dabei an erster Stelle, dass wir den Extremismus in jeder Form bekämpfen, dass wir ihn in allen Erscheinungsformen verurteilen. Das gilt gleichermaßen für Rechtsextremismus, für Linksextremismus, für Islamismus, für Ausländerextremismus, für jede Form von Ausländerfeindlichkeit, für Antisemitis-

mus, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und Antitoleranz. All dem werden wir entschieden entgegentreten, und dem müssen wir auch entschieden entgegentreten. Liebe Kollegen, ich glaube, diesen Satz können wir alle unterschreiben.

Wir können auch alle unterschreiben, dass wir das Zusammenwirken von präventiven, deradikalisierenden und repressiven Maßnahmen entschieden in den Vordergrund unserer Bemühungen stellen müssen. Deshalb haben wir mit dem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus in der Vergangenheit schon einiges erreicht. Wir haben Personen zusammengebracht, wir haben Personengruppen zusammengebracht. Wir sind auch der festen Überzeugung, dass präventive Angebote stetig ausgebaut werden müssen. Das bedeutet auch, dass wir eine bessere Verzahnung brauchen, ein besseres Miteinander, eine bessere Beteiligung der Länder im Rahmen der Bundesprogramme, so, wie das bei "Demokratie jetzt", bei "Demokratie leben!" gegeben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das heißt aber auch, dass wir uns nicht gegenseitig das Leben schwer machen sollten. Wir sollten uns auch sagen, wenn jemand Ansatzpunkte hat, dann verhindern wir die Diskussion nicht. Ich erachte es – entschuldigen Sie – als etwas scheinheilig, hier davon zu reden, dass wir jetzt gemeinsam an einem Strang ziehen und gemeinsam etwas dagegen tun müssen, wenn dann manche Personen oder Gruppierungen hier in diesem Parlament verhindern, dass beispielsweise Prof. Hartleb seine Studie vorstellen kann, die er für München erstellt hat. Liebe Kollegen, so kann das nicht gehen. Wir können nicht sagen, wir erstellen Studien, und dann bremsen wir die Ergebnisse aus, weil uns irgendjemand unlieb ist oder weil uns eine Gruppierung unlieb ist. Dann können wir doch nicht verhindern, dass Prof. Hartleb seinen Vortrag hält. Das verstehe ich nicht unter einem Miteinander. Sie müssen sich das vorhalten lassen. Wenn wir sagen, wir kämpfen gemeinsam gegen den Rechtsextremismus, dann muss das gemeinsame Ziel im Vordergrund stehen. Darum sollten wir nicht aus parteitaktischem Kalkül irgendetwas machen, sondern dann müssen wir das Ziel gemeinsam vor Augen haben und gemeinsam dafür kämpfen.

Im Gegensatz zu Ihnen steht für uns auch eines an vorderster Stelle, nämlich dass wir klar hinter unserem bayerischen Verfassungsschutz stehen. Wir wollen seine Öffentlichkeitsarbeit intensivieren. Wir wollen, dass er Aufklärungsarbeit leistet. Wir wollen auch, dass er seinen Sachverstand an den Schulen einbringt. Wir wollen mit verlässlichen Zahlen gegen Extremismus eintreten und präventive Arbeit machen. Die CSU-Fraktion steht deshalb ganz klar hinter dem Handlungskonzept des Freistaats Bayern gegen Rechtsextremismus. Wir stellen uns hinter repressive und präventive Maßnahmen. Wir stehen hinter seiner dynamischen und kontinuierlichen Weiterentwicklung. Alles andere, liebe Kollegen, wäre auch unglaubwürdig. Es würde der Bedrohungslage widersprechen. Wann immer wir neue Erkenntnisse haben, und wir sind froh über neue Erkenntnisse, nehmen wir diese selbstverständlich auf. Diese Erkenntnisse müssen aber schnell in das neue Konzept. Wir dürfen nicht warten, bis ein kompliziertes Evaluierungsverfahren durchgeführt wird, das viele Kräfte und Kapazitäten bindet. Liebe Kollegen, diese Kapazitäten brauchen wir für den Kampf gegen den Rechtsextremismus. Wir brauchen sie nicht dafür, um mit viel Kraft und Mühe, mit viel Geld, alles zu hinterfragen.

Ich unterstelle niemandem böse Absichten, aber mit ideologischen Scheuklappen, wie ich sie manchmal bei diesem Thema erlebe, kommen wir nicht weiter. Für uns muss im Vordergrund stehen, dass wir Extremismus, egal in welcher Form, mit der vollen Härte des Gesetzes bekämpfen, mit allen Maßnahmen des Rechtsstaates und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir haben es in der Vergangenheit gezeigt: Wir haben die Zellen in Bamberg ausgehoben, wir haben Pegida, den "III. WEG", die "Reichsbürger" genau beobachtet. Für uns steht im Vordergrund, dass zunächst einmal der Staat diesen Extremismus bekämpfen muss. Es ist oberste Aufgabe des Staates, hier entschieden zu sagen: Stopp, bis hierher, nicht weiter. Der Boden des Grundgesetzes darf nicht verlassen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bauen aber auch auf die Zivilgesellschaft. Wer den Staat, wer seine Strukturen missachtet, der muss auch von der Zivilgesellschaft

ausgegrenzt werden, dem muss auch die Zivilgesellschaft entschieden entgegentreten. Liebe Kollegen, wir brauchen deshalb beides, den Staat auf der einen Seite und die Zivilgesellschaft, das Miteinander, das Mitwirken auf der anderen Seite. Ich würde mich deshalb freuen, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen würden, wenn wir hier etwas gemeinsam erreichen könnten.

Wenn man sich die Anträge der SPD und der GRÜNEN anschaut, dann spricht aus ihnen in besonderem Maße Misstrauen gegenüber dem Staat und den Sicherheitsbehörden. Die Anträge sind in vielen Bereichen von starker Ideologie getragen, aber nicht davon, dass man sagt: Wir wollen gemeinsam dem Extremismus entgegentreten.

(Florian Ritter (SPD): Unsinn!)

Wir stellen uns der Evaluation. Die Evaluation ist ein dauernder Prozess. Wir wollen, dass die Mittel effektiv verwendet werden und dass nicht nur ein staatliches Programm gefahren wird. Wir alle wissen, dass staatliche Programme immer einer Qualitätssicherung unterliegen, dass staatliche Programme immer evaluiert werden, und dafür brauchen wir keine Doppelstrukturen. Dafür ist die interne Evaluation die richtige Maßnahme.

Gleiches gilt für die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft. Ich habe es schon gesagt: Die Zivilgesellschaft ist für uns ein entscheidender und wesentlicher Faktor. Wir haben eine Landeskoordinierungsstelle, wir haben ein Wertebündnis, wir haben viele Maßnahmen, mit denen wir die Zivilgesellschaft stärken, mit denen wir sie aufnehmen und sagen, beteiligt euch, engagiert euch, macht es mit dem Staat zusammen. Auch dazu brauchen wir keine Doppelstrukturen. Wir brauchen keine neue Koordinierungsstelle in der Staatskanzlei. Wir arbeiten jetzt bereits ressortübergreifend zusammen. Inneres, Bildung, Soziales und Justiz, alle relevanten Akteure sitzen bereits jetzt an einem Tisch, ohne dass wir neue Bürokratie und Stellen brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fördern unglaublich viele weitere Maßnahmen. Wir haben das Bündnis für Toleranz, für das wir jährlich 75.000 Euro ausgeben. Wir

haben Koordinationsfachveranstaltungen, zu denen wir auch immer wieder eingeladen werden, bei denen wir Parlamentarier aufgefordert werden, mit den Akteuren der Zivilgesellschaft zu diskutieren. Wir haben die Landeskoordinierungsstelle. Wir haben "jugendschutz.net", wir haben das Netzwerk "Schule ohne Rassismus", das wirklich tolle Arbeit leistet, und wir haben die BIGE, die hier tätig ist und die vieles macht. Insgesamt haben wir ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement. Aber auch der Staat muss ganz deutlich Flagge zeigen.

Einem weiteren Punkt in Ihren Anträgen möchte ich auch entgegentreten. Sie wollen Aussteigerprogramme auf die Zivilgesellschaft übertragen. Hier ist zuallererst der Staat gefordert. Der Staat kann nicht nur die Leute auf Gefahren hinweisen, er kann auch Schutz geben. Er kann denjenigen, die sich aus dem rechtsextremen Umfeld zurückziehen, Schutz geben. Keine private Einrichtung kann so gut schützen wie der Staat. Die Angebote des Staates sind wertneutral und unentgeltlich. Bei einer Bedrohung für Leib und Leben darf es keine Kompromisse geben.

Gleiches gilt für die Arbeit der BIGE. Die BIGE wird permanent infrage gestellt. Permanent wird infrage gestellt, ob der Verfassungsschutz an Schulen gehen soll. Die Aufklärungsarbeit, die vom Verfassungsschutz geleistet wird, ist zielgruppenorientiert und wertneutral. Sie ist profund und in der Analyse präzise. Wer anders als die Leute, die wirklich an der Front stehen, sollen zeigen, was passiert und welche Maßnahmen ergriffen werden? – Deswegen sind wir auch stolz auf die BIGE und die Bildungsarbeit, die dort geleistet wird.

Ich kann es auch aus persönlicher Erfahrung sagen. Wir sind stolz darauf, dass der Verfassungsschutz ein toller Ansprechpartner für die Kommunen ist. Ich komme aus einer Gemeinde, in der einmal infrage stand, ob die NPD eine Diskothek kauft. Ich muss sagen, wir konnten uns auf den Verfassungsschutz verlassen. Wir konnten uns auf die Beratungsangebote des Verfassungsschutzes verlassen. Wir wussten, dass wir beim Verfassungsschutz gut aufgehoben sind, dass wir in ihm einen Partner haben, der mit uns zusammen das braune Gesocks abhält und sagt: Wir wollen euch

bei uns nicht haben. – Dafür bin ich immer noch dankbar; denn der Verfassungsschutz war wirklich ein Partner. Ich glaube, deswegen sollten wir auch hinter dem Verfassungsschutz stehen und sagen: Ihm vertrauen wir, und auf ihn kann sich auch die bayerische Bevölkerung verlassen.

Gleiches gilt – das ist der letzte Punkt, den ich noch aufgreifen möchte – für die wissenschaftlichen Diskussionen. Wir verzetteln uns in wissenschaftlichen Diskussionen darüber, ob wir eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit akzeptieren wollen oder nicht. Wir, die CSU, sagen ganz deutlich: Das ist für uns kein wissenschaftlicher Ansatz. Es ist ein Ansatz, der die Bevölkerung unter einen Generalverdacht stellt. Es ist ein Ansatz, bei dem Ängste nicht ernst genommen werden, sondern mit dem große Teile der Gesellschaft, teilweise sogar die Mitte der Gesellschaft, in eine bestimmte Ecke gestellt werden. Deswegen ist das für uns kein Ansatz, dem wir folgen werden. Deswegen werden wir Ihre Anträge ablehnen, deswegen können wir diesen Vorschlägen nicht nachgeben.

Daher der Appell von unserer Seite: Lassen Sie uns zusammen an diesem Konzept weiterarbeiten. Lassen Sie uns zusammen das bestehende Konzept weiterentwickeln. Lassen Sie uns miteinander am selben Strang ziehen. Verzetteln wir uns nicht in ideologische Debatten. Führen wir keine Debatten mit Scheuklappen oder dergleichen, weil wir dem Staat oder dem Verfassungsschutz misstrauen. Lassen Sie uns alles zusammen machen. Lassen Sie uns zusammen kämpfen. Darum bitte ich. Daher werden wir an den Ausschussvoten festhalten, liebe Kollegin Schulze. Wir werden Ihren Anträgen nicht zustimmen, ich darf aber um Zustimmung zum CSU-Antrag bitten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Reichhart. – Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Schulze. Bitte schön, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Kollege Reichhart, vielen Dank für die Information. Ich finde es immer ganz nett, wenn Sie davon sprechen, man solle doch zusammen-

halten und zusammenarbeiten. Dazu möchte ich Ihnen sagen, dann kann es nicht nur so laufen, wie Sie es gerne möchten. Das ist dann kein Zusammengehen und kein Zusammenarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt: Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, dass wir GRÜNE dem Staat und unseren Sicherheitsbehörden, die gut arbeiten, misstrauen. Ich glaube, Sie haben sowohl meiner Rede als auch der Rede des Kollegen Ritter nicht zugehört.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Doch!

Katharina Schulze (GRÜNE): Nein, ich habe Sie vorhin dahinten reden sehen. Ich habe das schon mitbekommen. -Sicherlich muss der Staat seine Aufgaben erfüllen, aber die Zivilgesellschaft muss das auch tun. Ich komme gleich zu meiner konkreten Frage. Sie haben verschiedene Programme aufgeführt, mit denen die Zivilgesellschaft vom Freistaat Bayern unterstützt wird. Die meisten davon sind Bundesprogramme, zu denen Bayern gerade einmal die Kofinanzierung leistet. Meine konkrete Frage: Warum sind Sie nicht dazu bereit, dass der Freistaat Bayern ein eigenes Landesprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft auflegt? Das gibt es in anderen Bundesländern. Sie bekommen das nicht hin. Das finde ich höchst fragwürdig und kann ich nicht ganz verstehen.

Meine letzte Bemerkung: Sie tun die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Fake News ab. Dieser Begriff wird von der Wissenschaft verwendet. Damit beschäftigen sich sehr kluge Menschen.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Das habe ich nicht gesagt.

Katharina Schulze (GRÜNE): Es tut mir leid für Sie, aber das ist ein wissenschaftlicher Terminus. Damit beschäftigen sich sehr, sehr kluge Menschen. Vielleicht müssen Sie einfach die einschlägigen Stellen noch einmal nachlesen, damit Sie nachvollziehen können, worum es dabei inhaltlich geht und welcher wissenschaftliche Terminus

das ist. Das einfach abzuwischen und zu sagen, damit arbeiten wir nicht, ist hoch unseriös.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Reichhart, bitte schön.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Liebe Kollegin Schulze, wir haben uns sehr intensiv über diese Fragen ausgetauscht. Wir haben im Innenausschuss sehr intensiv darüber diskutiert. Wir sind nicht immer einer Meinung in diesen Fragen, was aber auch nicht schlimm ist, solange man auf dasselbe Ziel hinarbeitet. Dieselbe Zielrichtung geht aber manchmal verloren, wenn Diskussionen ausgebremst werden oder wenn andere bewusst ausgegrenzt werden. Sie können uns ernst nehmen in der Absicht, dass wir die Zivilgesellschaft weiter fördern wollen. Wir fördern die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring – das ist ein bayerisches Programm – mit jährlich über 80.000 Euro. Dafür setzen wir auch eigene bayerische Mittel ein. Wer sich dort ein bisschen umhört, weiß auch, dass wir sehr engagiert tätig und auch mit unseren eigenen Stellen tätig sind. Deswegen fördern wir auch Projekte wie "Schule ohne Rassismus", die vieles machen. Auch das ist ein bayerisches Programm, das bayernweit getragen wird. Dafür engagieren wir uns stark. Wir haben in der Opferberatung auch zusammen mit der Zivilgesellschaft eigene Strukturen aufgebaut, die wir selber finanzieren. Damit leisten wir einen Beitrag, auf den wir stolz sind und den wir fortsetzen werden.

Was die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit anbelangt, möchte ich nur einen Punkt herausgreifen. Ich habe gedacht, wir seien uns darin einig. Die vergangenen Wochen, Monate und sogar Jahre sollten uns eine Lehre sein. Wir sollten Ängste gewisser Teile der Bevölkerung, die auch einen signifikanten Teil der Bevölkerung darstellen, ernst nehmen. Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in der Wissenschaft umstritten. Das wissen Sie selber. Viele Wissenschaftler sagen, das ist kein Instrument, auf das ich mich verlassen kann. Man arbeitet dabei mit ganz pauschalen

Aussagen und Wertungen, die an manchen Sätzen festgemacht werden, bei denen es um Ängste vor Überfremdung geht.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, achten Sie auf die Zeit.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Ich glaube, wir müssen tiefer gehen. Wir müssen die Ängste aufgreifen und fragen, was dahintersteckt. Wir dürfen jemanden nicht sofort in eine Ecke stellen. Deswegen lehnen wir diese Wertung ab. Wir werden Ihren Forderungen nicht nachkommen. Wir können gerne in eine wissenschaftliche Diskussion einsteigen. Das haben wir auch im Rahmen der Anhörung schon gemacht. Ich befürchte aber, dass wir bei dem Punkt leider nicht zusammenkommen werden.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Reichhart. Bitte bleiben Sie noch. Sie durften jetzt noch weiterreden, weil Sie noch Redezeit haben. Wir haben es umgestellt. Falls Sie bei der nächsten Zwischenbemerkung auch länger antworten wollen, Sie haben noch Redezeit. – Jetzt kommt die Zwischenbemerkung vom Kollegen Ritter.

Florian Ritter (SPD): Zum einen möchte ich einen Hinweis, den Sie gegeben haben, richtigstellen. Sie haben gesagt, wir forderten in den Anträgen, die Aussteigerberatung auf die zivilgesellschaftlichen Anbieter zu übertragen. Das ist mitnichten der Fall. Wir haben gefordert, eine zweite Schiene neben der staatlichen einzuführen. Das ist dann tatsächlich schon mal eine andere Geschichte als das, was Sie dargestellt haben.

Der zweite Punkt ist: Mitnichten spricht aus diesem Antragspaket das Misstrauen gegenüber den Sicherheitsbehörden. Aber es gibt schlicht und ergreifend Dinge in der politischen Auseinandersetzung über Rassismus, über Antisemitismus, die nicht Aufgaben der Ermittlungsbehörden oder des Verfassungsschutzes sind. Das heißt: In dem Augenblick, in dem nicht die hohe Stufe erreicht ist, bei der gegen eine Aussage wegen Volksverhetzung vorzugehen ist, oder bei der eine Meinung vertreten wird, die nicht in einen organisatorischen, rechtsextremen Rahmen eingebettet ist, haben der Verfassungsschutz und natürlich auch die Polizei ein Problem. Da enden ihre Aufga-

ben. Deshalb ist es so notwendig, die Zivilgesellschaft zu stützen, um eine politische Diskussion auf breiter Basis in diesem Land zustande zu bringen. Das ist letzten Endes der Hintergrund.

Die zweite Geschichte, die ich noch sagen muss: So, wie Sie die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit dargestellt haben, muss ich feststellen: Offensichtlich haben Sie sich nicht damit beschäftigt.

(Dr. Hans Reichhart (CSU): Na!)

Bei gesellschaftspolitischen Fragestellungen gibt es immer unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze. Sie sagen, Sie verlassen sich nur auf den einen, den Sie haben, nämlich denjenigen der Extremismustheorie, es gibt keinen anderen. – Das hat im Übrigen auch dazu geführt, dass Sie die "Reichsbürger" so lange falsch eingeschätzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege – –

Florian Ritter (SPD): Fangen Sie wenigstens damit an, unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze einzubeziehen in die Ansätze. Da müssen Sie sich noch nicht einmal auf eine andere Seite schlagen.

(Beifall bei der SPD – Georg Rosenthal (SPD): Das war jetzt ein Privatissimum – et non gratis, Herr Reichhart!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ritter. – Herr Reichhart, bitte schön.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Herr Kollege Ritter, zunächst mal: Ich habe schon ausgeführt – und Sie werden es in vielen Diskussionen auch im Innenausschuss, in dem Sie ja manchmal zu Gast sind, mitbekommen haben –, dass wir sehr wohl die Zivilgesellschaft fördern und auch dementsprechend Maßnahmen ergreifen. – Punkt eins.

Punkt zwei: Sie haben selber ausgeführt, dass man wissenschaftliche Überlegungen, wissenschaftliche Anstrengungen, wissenschaftliche Punkte in der einen und in der anderen Richtung sehen kann. Wir haben für uns festgehalten, dass der Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht der Punkt ist, dem wir folgen wollen, dass das nicht der Punkt ist, den wir sehen. Er weist aus meiner Sicht methodische Schwächen auf; deswegen möchte ich mich ihm nicht anschließen. Das ist, glaube ich, genauso zu akzeptieren, wie ich eine andere Sicht akzeptieren muss und auch akzeptieren werde. Es gibt in der Wissenschaft immer verschiedene Meinungen, verschiedene Punkte, verschiedene Aspekte, die für das eine oder für das andere sprechen. Irgendwann mal bildet man sich ein Urteil, und dieses Urteil haben wir uns, habe ich mir gebildet. Deswegen komme ich für mich zum Schluss – und ich habe mich sehr, sehr intensiv mit der Materie beschäftigt –, dass das eben für mich nicht der Standard ist, dem ich folgen möchte, nicht der Standard, den ich als fundiert, als sachlich ansehe, und den ich auch als wissenschaftlich ansehe. Und deswegen lehne ich die Folgerungen, die die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Methodik anwendet, vielfach ab und komme zum Schluss, dass wir Ihnen deswegen auch bei diesen Anträgen nicht folgen können.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Gottstein. Bitte schön, Frau Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechte Gewalt nimmt zu. Das ist unstrittig. Rechte Gewalt ist ein Sicherheitsrisiko. Das ist ebenfalls unstrittig. Rechte Gewalt wird nach wie vor oft kleingeredet und verniedlicht. Kollege Ritter hat gerade die "Reichsbürger" erwähnt; das ist für mich auch ein Beweis dafür, dass man eigentlich viel zu spät reagiert hat. Ich meine: Bei ganz normaler Betrachtungsweise hätten die Alarmglocken wesentlich früher angehen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Das Antragspaket der GRÜNEN und der SPD ist in Zusammenarbeit auf der Grundlage der Ergebnisse der Expertenanhörung im Innenausschuss entstanden. Die Expertenanhörung wurde im Übrigen zunächst nicht gewünscht. Sie war aber sehr erfolgreich, denke ich. Die Anträge I mit V spiegeln in erster Linie die Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Expertin Frau Dr. Miriam Heigl, Leiterin der Fachstelle für Demokratie hier in München, wider, einer Dame, die nicht total verdächtig ist, so sehr ideologisch zu sein. Im Übrigen war die Anhörung ideologisch geprägt. Der Ton war nicht gut. Sie wissen, Herr Dr. Reichhart, dazu haben Sie sehr beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir FREIEN WÄHLER gehen das Antragspaket pragmatisch an. Wir werden zustimmen bzw. zwei Anträge ablehnen, wie wir es schon im Ausschuss gemacht haben. Wir fragen uns ganz konkret und ohne Ideologie, die man uns FREIEN WÄHLERN bestimmt nicht unterstellen kann: Was bringen die Anträge in der Praxis, um diesem gemeinsamen Ziel – das wurde ja auch von Ihnen, Herr Dr. Reichhart, nicht bezweifelt –, den Rechtsextremismus einzudämmen, näherzukommen?

Wir unterstützen – das möchte ich an dieser Stelle auch sagen – ganz klar das bisherige Konzept. Also bitte nicht daraus lesen, die FREIEN WÄHLER lehnen das bisherige Konzept ab! Aber es ist verbesserungswürdig, optimierungswürdig. Es konzentriert sich in erster Linie auf Repression und auf sicherheitspolitische Maßnahmen, die wir natürlich sehr wohl unterstützen und mittragen. Aber es lässt doch neuere wissenschaftliche Erkenntnisse außer Acht.

Mei, und dann muss man schon sagen, Herr Dr. Reichhart: Jetzt komme ich wieder auf das Argument, dass Sie jung sind und ich alt. Aber Sie reden hier so quasi: Ich beurteile das halt einfach als nicht wissenschaftlich. – Uh! – Eigentlich Respekt vor Ihrem Selbstbewusstsein, dass Sie so locker andere wissenschaftliche Ansätze negie-

ren. Das würde ich mir nicht zutrauen. Das habe ich mir nicht einmal zugetraut, als ich noch jung war.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der erste Antrag verlangt eine Evaluation der bisherigen Maßnahmen. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso Sie das ablehnen. Es kann doch eigentlich nichts Besseres passieren, als dass man in einer Evaluation feststellt, dass Sie bisher schon alles gut machen. Dass Sie den Antrag ablehnen, verstehe ich nicht. Wir stimmen dem zu, auch wenn es natürlich dann nicht gemacht wird. Aber eigentlich wär's doch toll: schriftlich – wir machen gute Arbeit – haben wir den Beweis.

Auch beim zweiten Antrag verstehen wir Ihre Bedenken nicht. Es geht um die Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Kommunen. Das ist doch eine Bereicherung Ihres bisherigen Konzepts. Herr Ritter hat es ja gerade noch einmal sehr schön gesagt: Es geht um die zweite Schiene, die man hier aufmacht. Alles, was Prävention heißt – das wissen wir aus Erfahrung –, ist doch gut. Je mehr Angebote ich habe, umso besser ist es. Hier zu sagen, der Staat macht das, das genügt, ist uns zu oberflächlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Beim dritten Antrag geht es wieder darum, den Handlungsbedarf wissenschaftlich zu untersuchen. Aber Sie haben ja vorhin schon gesagt: Von Wissenschaft halten Sie nicht viel, und deswegen lehnen Sie das ab.

Der nächste Antrag möchte die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle. Ich habe auch das Protokoll der Ausschusssitzung hier, Herr Dr. Reichhart. – Gut, Sie müssen jetzt dem Herrn Kollegen Huber zuhören, macht nichts. Sie können es im Protokoll nachlesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich habe das Protokoll nachgelesen, und Sie haben jetzt im Prinzip genau das gesagt, was Sie laut Protokoll schon im Innenausschuss gesagt haben. Das ist in Ordnung. Aber da sagen Sie sehr wohl, die Ministerien arbeiten so gut zusammen, und deswegen brauchen wir keine Koordinierungsstelle. Da sage ich Ihnen: Allein das Kultusministerium ist nicht imstande, in seinem Bereich mit vier verschiedenen Unterabteilungen zusammenzuarbeiten, geschweige denn die verschiedenen Ministerien. Da brauchen wir auf jeden Fall eine Koordinierungsstelle; denn die eine Hand weiß nicht, was die andere tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Beim Landesprogramm, Antrag V, gehen wir nicht mit. Wir haben das begründet. Wir meinen, wenn alle Ihre Punkte, die Sie sonst fordern und die wir unterstützen, verwirklicht werden, sollte man mehr Geld in die Hand nehmen, zum Beispiel für den Bayerischen Jugendring, aber hier nicht noch ein weiteres Programm auflegen. Da gehen wir nicht mit. Das haben wir aber, glaube ich, gut begründet, weil wir eben glauben, dass man die Gelder in die bestehenden Maßnahmen stecken sollte.

Im nächsten Antrag steht wieder die Forderung nach einer Beratungsstelle. Natürlich sagen Sie, Herr Dr. Reichhart, heute wie im Innenausschuss: Da gibt’s ja schon so eine. – Aber auch das ist doch noch zu wenig. Wir brauchen hier ein niedrigschwelligeres Angebot, wir brauchen hier eine zentrale Beratungsstelle.

Genauso gehen wir beim nächsten Punkt mit, einer zivilgesellschaftlichen Ausstiegsberatung. Da verstehe ich Ihre Argumentation sowieso überhaupt nicht.Da sagen Sie auch wieder: Hamma doch, und das kann nur der Staat! Die Ausstiegshilfen bei der Prostitution leistet aber zum Beispiel die Zivilgesellschaft, und sie macht es hervorragend. Es macht mir keiner weis, dass das nur der Staat kann. Ganz im Gegenteil, der Staat ist eigentlich immer die hochschwelligste Instanz. Wir brauchen aber niederschwellige Ausstiegsberatung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie wollen mit dem Antrag VIII die BIGE nicht mehr an den Schulen haben. Hier gehen wir nicht mit den Antragstellern und haben das auch begründet. Hier sagen wir: Wir trauen das den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes zu. Wir sind immer der Meinung – und ich, die ich aus der Schule komme, bin auch der Meinung –, dass externe Berater, die von fremden Institutionen wie Polizei und Bundeswehr oder aus dem Bereich der Frauenberatung oder des Kindesmissbrauchs kommen, gut für die Schulen sind. In diesem Fall vertrauen wir auch den Schulen, die sich das sehr wohl anschauen. Ich glaube nicht, dass Leute von der BIGE, die pädagogisch nicht geschult sind, weiter eingeladen werden. Diesen Antrag tragen wir nicht mit.

Wir tragen aber bereits wieder den nächsten Antrag mit, der die Kommunen stärkt. Wenn Sie, Herr Dr. Reichhart, jetzt eine Kommune haben, die Sie in diesem Fall unterstützt hat, dann bewundere ich Ihre Gläubigkeit. Da mag es so gewesen sein, aber das heißt doch nicht, dass es überall so sein muss. Das müsste Ihnen doch schon Ihre jetzige Lebenserfahrung zeigen.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte einfach sagen, dass man hier mehr machen muss.

Sie lehnen auch den letzten Punkt von SPD und GRÜNEN ab, der regelmäßige wissenschaftliche Begleitung fordert; die Schulen würden sich freuen, nicht mehr gar so intensiv evaluiert zu werden. Man hat ihnen ja auf die Fingerspitzen geklopft. Für mich ist inkonsequent, dass Sie das ablehnen.

Wir tragen den CSU-Antrag natürlich aus voller Überzeugung mit.

(Isabell Zacharias (SPD): Das passt zu den Parteien! – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Da steht nichts drin!)

Noch einmal zum Rechtsextremismus und Extremismus insgesamt: Wie gesagt ist alles, was dieses Antragspaket beinhaltet, bis auf die zwei Anträge, die wir nicht mittragen können, gut und richtig. Man sollte bei all dem, was hier gefordert wird, aber nicht vergessen, dass die leichteste Art, Extremismus jeder Form zu bekämpfen, zumindest beim jungen Menschen darin besteht, Zeit für ihn zu haben. Hier kommen wir auf unsere Grundforderung im schulischen Bereich zurück: Gebt den Lehrern mehr Zeit! Gebt ihnen eine Klassenleiterstunde pro Woche. Ich fordere das seit neun Jahren. Der Lehrer muss mitkriegen, was in dem jungen Menschen vor sich geht. Das ist die beste Prävention. Machen Sie das! Geben Sie auch nicht mehr als 25 Schüler in eine Klasse. Das hat den gleichen Effekt. Auch da kommt man als Lehrer noch mit und kann in etwa nachvollziehen, was in den Köpfen der Schüler und Schülerinnen vor sich geht. Richtige Prävention haben wir erst dann, wenn wir das machen. Aber auch davon sind wir noch weit weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. – Für die SPD-Fraktion: Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrter Herr Dr. Reichhart, liebe Mitglieder der CSU-Fraktion! Ich stimme dem Kollegen Reichhart voll zu, wenn er an die Gemeinsamkeit appelliert. Gemeinsamkeit gegen Rechte und rechte Ideologen sollte für alle Demokraten eine Selbstverständlichkeit sein!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt das große Aber. Wenn wir doch große Gemeinsamkeit demonstrieren wollen, warum stimmen Sie diesem Antragspaket dann nicht zu? Das versteht doch überhaupt niemand.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich muss Ihnen auch recht geben, wenn Sie von ideologischen Scheuklappen sprechen. Aber nicht wir haben diese ideologischen Scheuklappen, sondern Sie!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es ist wirklich so: Wenn ein Antrag gegen Rechte oder Rechtsextremismus kommt und er nicht gleichzeitig auch gegen Linksextremismus ist, dann ist er bei Ihnen schon erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns die Situation aber noch einmal anschauen: Warum brauchen wir eine Neukonzeption? – Die Welt hat sich geändert. In vielen Staaten Europas haben wir leider ein Erwachen der Rechten und auch der Rechtsextremen. Auch in Deutschland sind wir nicht nur über den Wahlerfolg der AfD erschrocken, die jetzt mit immerhin 13 % und 94 Abgeordneten in den Bundestag eingezogen ist. Sie ist damit übrigens doppelt so stark wie die CSU-Fraktion. So viel zum Stärkeverhältnis. Im letzten Monat marschierten wieder rechte Gruppierungen in Tschechien auf und machten Schießübungen. Wir haben immer noch Anschläge gegen Flüchtlingsheime. Hier müssen wir Demokraten zusammenhalten.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir haben diesen Zusammenhalt beim NPD-Verbot demonstriert. Da ging es. Jetzt fallen wir allerdings wieder in die alten Rollenmuster zurück: Kommt irgendetwas von der Opposition, sind wir schon generell dagegen.

(Zuruf von der CSU: Gar nicht wahr!)

Ich sage nicht, dass bei allen Antragspaketen Einigkeit herrscht. Es geht aber einfach nicht, das in Bausch und Bogen abzulehnen!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich verstehe die Einwände der FREIEN WÄHLER. Das war eine differenzierte Darstellung, und dann ist gesagt worden, dass man das eine oder andere mittragen kann.

Gleichzeitig hat man aber ganz deutlich die Linie aufgezeigt, im Grunde dafür zu sein. Das ist die richtige Haltung, die ich bei der CSU vermisse. Denn eines ist klar, und das ist die Lehre aus der Weimarer Republik: Wenn wir Demokraten uns auseinanderdividieren, dann freuen sich die Rechten, dann freut sich ein Herr Petr Bystron. Der freut sich darüber, wenn wir uns hier im Parlament nicht einig sind. Es ist ein Zeichen, das wir hier geben. Deshalb sind wir komischerweise und ohne ideologische Scheuklappen für den CSU-Antrag. Gleiches hätte ich von Ihnen erwartet.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Rabenstein. – Jetzt hat der Herr Staatssekretär das Wort. Bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass wir wenigstens darin einig sind, rechte Gewalt vom Grundsatz her zu verabscheuen. Herr Dr. Rabenstein, Sie haben das noch einmal zum Ausdruck gebracht. Sie haben allerdings gesagt, die CSU-Fraktion habe Scheuklappen auf. Ich meine, das ist etwas unglücklich ausgedrückt. Wir sind nämlich nur der Meinung, dass man die Situation nicht einseitig betrachten darf, sondern dass man nach rechts und nach links schauen muss.

(Beifall bei der CSU)

Es tut mir schrecklich leid, aber von Ihnen höre ich das mit keinem Satz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, je nachdem, wie man es ausdrücken will, war ich von der Kollegin Schulze wahlweise erstaunt bzw. von ihr fasziniert. Sie sagte, wir würden überall tatenlos weggucken. Es ist für mich vollkommen unverständlich, wie Sie vor wenigen Tagen eine große Polizeiveranstaltung bis über den grünen Klee loben konnten, heute aber sagen, wir würden tatenlos zuschauen und nichts tun.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die Polizei nicht, aber die Staatsregierung! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Polizei und Verfassungsschutz bewerkstelligen ihre Arbeit in ausgezeichneter Manier.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, woran machen Sie Ihre Kritik eigentlich fest? In Bayern wird vorzüglich gegen Rechtsextremismus gekämpft. Nehmen Sie das doch bitte einfach zur Kenntnis. Betrachten Sie einmal die Anzahl großer Veranstaltungen! Große Konzerte verlagern sich in andere Bundesländer. Ich könnte jetzt zwei oder drei Bundesländer aufzählen, was ich aber nicht mache. Das ist nicht unsere Sorge, das muss deren Sorge sein. 2012 waren es zehn Konzerte, 2013 sechs Konzerte, 2014 war es ein Konzert, 2015 waren es zwei Konzerte, und 2016 war es kein Konzert. Darüber sind wir glücklich und froh. Ich will das nur als Beispiel sagen: Wir hätten diese Entwicklung nicht, wenn Verwaltung, Polizei und Verfassungsschutz nicht peinlich genau arbeiten und jedes feinste Detail überprüfen würden. Gott sei Dank haben wir diese Entwicklung aber.

Noch ein weiteres Lob in Bezug auf die Arbeit: Ich habe das in meinem eigenen Landkreis erlebt. Ich nenne die Ortschaft Stammheim. Kollege Halbleib wird das bestätigen können. Hier ging es um die Verpachtung eines Anwesens in der Ortsmitte.Ich lasse das Drumherum aufgrund der fortgeschrittenen Zeit weg. Es ist Gott sei Dank eingedämmt worden. Die damaligen Pächter und Mieter sind nicht mehr vorzufinden. Aufgrund der Präventionsmaßnahmen, die wir erleben konnten, hätte es nicht besser abgewickelt werden können.

Liebe Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will an dieser Stelle klarstellend noch einmal zum Ausdruck bringen, dass wir unsere Grundwerte nur dann erfolgreich verteidigen können, wenn wir den Blick gleichermaßen auf alle – ich wiederhole: auf alle – Formen von Extremismus lenken und diese entschieden bekämpfen, wenn wir nicht, wie von gewissen Teilen der Opposition gewünscht, nur eine Seite

in den Blick nehmen, sondern – ich wiederhole es und nenne es beim Namen – auch linksextremistische Gewalt und islamistischen Terror nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht auf alles eingehen – ich habe das eingangs erwähnt –, aber doch auf die Forderung nach einer Überarbeitung des Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus. Diese ist ja Inhalt und Gegenstand dieser Anträge. Hierzu haben wir schon mehrfach Position bezogen. Deshalb auch nur stichpunktartig:

Erstens. Sie fragen, warum wir nicht zustimmen können. Das Konzept ist gerade kein starres Gebilde, wie in den Anträgen der Opposition suggeriert wird, sondern es ist dynamisch ausgestaltet. Es wird von der Staatsregierung entsprechend neuen Erfahrungen und aktuellen Erkenntnissen stetig und ganz konsequent weiterentwickelt. Dies geschieht auch zurzeit.

Wenn es heißt, die Zivilgesellschaft sei nicht eingebunden, muss ich sagen: Insbesondere die Landeskoordinationsstelle für Demokratie ist eingebunden. Wir überarbeiten zurzeit. Anfang 2018 soll das inhaltlich neu gefasste Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus dem Landtag und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Zweitens. Die Maßnahmen des Konzepts beschränken sich nicht nur auf repressive Vorgehensweisen, die größtenteils im Staatsministerium zu verorten sind und in der Sachverständigenanhörung, so wie es angesprochen worden ist, ausdrücklich gelobt wurden. Vielmehr werden alle Erfahrungen mit eingebunden. Bei der Weiterentwicklung des Handlungskonzepts werden gerade die vorbeugenden Elemente berücksichtigt, die dazu beitragen sollen, dass es erst gar nicht zu einer Radikalisierung kommt. Sie werden stärker gewichtet. Dem konsequenten Einsatz rechtsstaatlicher Mittel muss eine Stärkung des allgemeinen Demokratie- und Werteverständnisses vorausgehen, die – ich denke, auch hierüber sind wir uns einig, und ich darf dies so deutlich ansprechen – durch präventive Maßnahmen und Beratungsangebote ergänzt wird.

Drittens. Die staatlichen Strukturen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus werden – hierauf legen wir besonders großen Wert – kontinuierlich angepasst und auch verstärkt. Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus wurde um zwölf Stellen aufgestockt. Auch das muss man bei einer solchen Diskussion ansprechen. Zudem wurde eine neue Außenstelle in Nürnberg eingerichtet. Damit können die nachfragenden Kommunen insbesondere im nordbayerischen Raum in der Praxis intensiv betreut werden. Und noch besser: Die Angebote der BIGE werden eingebunden, und sie profitieren letztlich davon.

Aber auch die in den Schulen tätigen Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz und die dem Sozialministerium zugeordnete Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus werden im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" ständig weiter ausgebaut und verstärkt. Ich habe dies bereits vorhin angesprochen und dabei nur ein Beispiel genannt: diese Aufstockung um zwölf Stellen. Es geht um eine kontinuierliche Weiterentwicklung und, wenn es nötig ist, auch um eine Verstärkung.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden haben – das kann ich mit Stolz hier sagen – das Thema Kampf gegen den Rechtsextremismus fest im Blick. Ich kann Ihnen auch versichern, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir diesen Weg unbeirrt weitergehen und uns mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Extremismus jeder Ausrichtung zur Wehr setzen werden.

Aus den genannten Gründen kann ich Ihren Anträgen nicht folgen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Kollegin Schmidt hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Eck, ich wollte Ihnen nur die Angst davor nehmen, einer Evaluierung zuzustimmen, einem Aussteigerprogramm zuzustimmen. Vielleicht haben es Ihnen Ihre Kollegen nicht gesagt. Aber gerade in den Brennpunkten der Rechten wie in Zirndorf und Scheinfeld, wo wir gemeinsam auf der Straße waren und uns parteiübergreifend – CSU, GRÜNE, FREIE WÄHLER, SPD – gegen Rechts gestellt haben, liegt das AfD-Ergebnis unter dem Landesdurchschnitt. Ich wollte Ihnen bloß mitgeben: Sogar in Zirndorf, das rot regiert wird, haben sie genau ihr Landesergebnis erreicht.

Also es tut nicht weh, gegen Rechts zu stehen. Ich wollte Ihnen nur einfach sagen, dass sich Bezirke um Aussteigerprogramme bemühen. Sicherlich kann Ihnen Herr Kollege Dünkel bestätigen, dass Mittelfranken vieles tut und dass es uns als Bayerischem Landtag nicht schadet, sondern dass wir eher gewinnen, wenn wir in der Mitte der Gesellschaft zusammenstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Erstens. Liebe Frau Kollegin, wenn Sie hier Wahlergebnisse analysieren wollen, dann können Sie das gerne tun. Ich tue das hier in diesem Raum sicherlich nicht.

Zweitens bedanke ich mich bei Ihnen ganz besonders herzlich dafür, dass Sie mir die Angst nehmen wollen. Ich will Ihnen aber mitteilen, dass ich keine Angst habe und dass ich bereits entschieden bin.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die Voten des federführenden Ausschusses abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Si-

cherheit und Sport empfiehlt die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zur Ablehnung, beim Antrag der CSU-Fraktion empfiehlt er Zustimmung.

Ich lasse jetzt über die vorgenannten Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Die Gegenstimmen, bitte! – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Kollege Muthmann (fraktionslos) stimmt wie die FREIEN WÄHLER. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Die Anträge der Oppositionsfraktionen sind abgelehnt, dem Antrag der CSU-Fraktion ist zugestimmt worden.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "IT-Managerinnen bzw. -Manager für Bayerns Schulen – Digitale Bildung ermöglichen", Drucksache 17/17772, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein 76, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)